

Ausschuss für Inneres und Sport
(97. Sitzung am 11. August 2016)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. Beschlussfassung über

- a) **den Antrag der FDP-Fraktion auf Unterrichtung durch den Landesrechnungshof über eine Untersuchung zum Einsatz von Polizeipersonal**
- b) **die Anträge der Fraktionen der FDP und der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Ermittlungsführung gegen ehemalige RAF-Mitglieder nach einem Überfall in Cremlingen**
- c) **den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Durchsuchung des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim am 27. Juli 2016**

Der Ausschuss beschloss, sich zu Punkt a) durch den Landesrechnungshof und die Landesregierung und zu den Punkten b) und c) durch die Landesregierung mündlich unterrichten zu lassen. Die Unterrichtungstermine sollen mit der Landtagsverwaltung abgesprochen werden.

Vertraulicher Sitzungsteil

2. Unterrichtung durch die Landesregierung zu Verfahren gegen den Leiter der Polizeiinspektion Wolfsburg und den Polizeipräsidenten Braunschweig

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

3. Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes im Niedersächsischen Landeswahlrecht

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5712](#)

dazu: Schriftliche Stellungnahme des Präsidenten des Staatsgerichtshofs

Der Ausschuss beschloss einstimmig, zu dem Gesetzentwurf die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände schriftlich anzuhören.

4. **Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5736](#)

dazu: Schriftliche Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände und betroffener Gemeinden und Landkreise

Der Ausschuss kam überein, den Gesetzentwurf in der für den 25. August 2016 vorgesehenen Sitzung abschließend zu beraten.

5. **Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5290](#)

Der Ausschuss ermächtigte den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, das Innenministerium bei der Erarbeitung der Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf hinzuzuziehen.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften sowie über Gebietsänderungen im Bereich des Hafens Wilhelmshaven**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5423](#)

Der Ausschuss beschloss, mit der Beratung des Gesetzentwurfs in der Sitzung am 1. September 2016 zu beginnen. Die abschließende Beratung soll im Oktober-Plenum stattfinden.

7. **Raus aus dem Angebotsdschungel: Einheitliche Standards für ein Basismodul Sprachförderung für Erwachsene schaffen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5818](#)

Der - mitberatende - Ausschuss sah von der Abgabe eines Votums gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Wissenschaft und Kultur ab. Stattdessen soll ihm ein Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zugeleitet werden, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

8. **Statistische Erhebungen von nicht-individualisierten Funkzellenabfragen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5822](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, zu diesem Antrag eine mündliche Anhörung durchzuführen. Einzelheiten dazu sollen am Rande des August-Plenums besprochen werden.

9. **Stellungnahme der Landesregierung zum 22. Bericht über die Tätigkeit der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/5855](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung zur Kenntnis. Von einer weiteren Befassung sah er damit ab.

10. **Echter Neustart in der Glücksspielregulierung statt Flickschusterei an gescheitertem Staatsvertrag**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5890](#)

Der Ausschuss beschloss, sich durch die Landesregierung zu dem diesem Antrag zugrunde liegenden Thema unterrichten zu lassen. Außerdem beschloss er eine schriftliche Anhörung. Der Kreis der Anzuhörenden soll nach der Unterrichtung festgelegt werden.